



## Alternativantrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

zu „Schulen an prekären Standorten bedarfsgerecht fördern – „Sozialfaktor“ bei der Lehrerzuweisung einrichten“ (Drucksache [19/158](#))

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Sozialindex für die schleswig-holsteinischen Schulen zu erarbeiten und auf dieser Grundlage einen Schlüssel zu entwickeln, nach dem diejenigen Schulen, deren Schülerinnen und Schüler mehrheitlich aus sozial benachteiligten Familien kommen, schwerpunktmäßig durch eine zusätzliche Zuweisung von Lehrkräften und Schulsozialarbeit sowie anderen geeigneten Unterstützungsmaßnahmen gefördert werden.

Begründung:

Spätestens seit den ersten PISA-Untersuchungen steht fest, dass es in Deutschland einen besonders starken Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler und ihren Bildungs- und damit Lebenschancen gibt. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten ist durch eine Vielzahl von strukturellen Reformen und verstärkten Fördermaßnahmen dafür gesorgt worden, dass sich die Bildungschancen für Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Schichten verbessert haben.

Dennoch gibt es nach wie vor eine soziale „Entmischung“, durch die bestimmte Schulen in sozialen Brennpunkten von vornherein in den Ruf geraten, soziale Ghettos zu sein, in denen eine erfolgreiche Schullaufbahn schwierig oder unmöglich ist. Das elterliche Wahlrecht für die Schule ihrer Kinder soll nicht in Frage gestellt werden, aber das Land und die Schulträger stehen in der Verantwortung, soziale Nachteile im Sinne der Bildungsgerechtigkeit auszugleichen. Dazu ist es erforderlich, die verfassungsrechtlichen Hürden für eine Unterstützung durch den Bund zu beseitigen.

Martin Habersaat  
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering  
und Fraktion